

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Koexistenz und Kalter Krieg

Die persönliche Diplomatie der Regierungschefs strebt neuen Höhepunkten zu. Der amerikanische Präsident hat am Ende einer langen Reise durch das Mittelmeergebiet und Südasien in Paris zusammen mit Präsident de Gaulle und Premierminister Macmillan sowie im Beisein von Bundeskanzler Adenauer eine Einladung zu Gesprächen an den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschew erlassen, in der die Veranstaltung periodisch wiederkehrender *Gipfelkonferenzen* in Paris, London, Washington und Moskau vorgesehen ist. Der Tag ist also nicht mehr fern, da der kommunistische Zar im Kreml die Häupter der Großmächte empfangen wird, um mit ihnen das Schicksal der Welt zu bestimmen — eine Aussicht, die jedem Russen, ob Kommunist oder nicht, schmeichelt und Chruschtschews Prestige im Sowjetreich und außerhalb gewaltig fördern wird. Enttäuschung aber wird ob dieser Entwicklung bei den unterdrückten Nationen Osteuropas herrschen, die ihre Hoffnung auf Befreiung immer weiter zurückschrauben müssen. Chruschtschew hat den Wunsch nach Konferenzen auf höchster Ebene mit großem Nachdruck propagiert, weil er überzeugt ist, daß der Einfluß der öffentlichen Meinung im Westen zu seinen Gunsten wirken werde, wenn er friedliche Koexistenz und Abrüstung befürwortet. Wenn der amerikanische Widerstand gegen eine Gipfelkonferenz nicht sehr stark war, so erstens, weil die festgefahrenen Verhandlungen der Genfer Außenministerkonferenz angesichts der sowjetischen Bedrohung Berlins die Suche nach einem Ausweg nahelegten, zweitens aber auch, weil im demokratischen Empfinden Amerikas eine latente Abneigung gegen jede «Geheim-

diplomatie» und eine Vorliebe für jedes Gespräch «von Mann zu Mann» vorhanden ist.

Auch der von Chruschtschew inaugurierte «friedliche Wettbewerb» entspricht einem Zug des amerikanischen Wesens, dem Missionseifer für die Werte des «American Way of Life». Präsident Eisenhower hat den Wettbewerb mit großem Elan aufgenommen. Auf seiner *Indienfahrt* machte er sich zum wirkungsvollen Anwalt des amerikanischen Wunsches nach Frieden und erntete mit seiner Botschaft, daß Amerika den Völkern zu Frieden, Prosperität und Freiheit verhelfen wolle, gewaltigen Beifall. Die Gespräche mit Nehru in Delhi brachten kein unmittelbares Ergebnis, aber es wurde doch deutlich, daß Indien heute die USA in einem weniger negativen Licht als noch bis vor kurzem sieht. Die entscheidende Ursache dieses Sinneswandels war natürlich der Druck Peking auf die indischen Grenzen. Präsident Eisenhower hat die Positionen Amerikas in Indien behutsam ausgebaut, ohne an heikle Punkte wie das Verhältnis Indiens zu Pakistan und den Streit um Kaschmir zu rühren. Es lag ihm auch fern, den Indern militärische Hilfe oder gar ein Verteidigungsbündnis aufdrängen zu wollen; vielmehr zeigte er taktvoll Verständnis für die neutralistische Linie der indischen Außenpolitik und erwarb sich damit Vertrauen bei den Vertretern eines Volkes, das im asiatisch-afrikanischen Raum einen nicht zu unterschätzenden Einfluß genießt.

Spannungen in der NATO

Wenn es Präsident Eisenhower in Indien gelungen ist, die gegenwärtige Entspan-

nungsphase durch eine rasche Initiative zu nutzen, so hat andererseits die Koexistenz seine Bemühungen nicht gefördert, die innerhalb der westlichen Verteidigungsorganisation aufgetretenen Spannungen zu beseitigen. Auf der Pariser Tagung der NATO ist der *französisch-amerikanische Disput* um die künftige Gestaltung des Bündnisses erneut ans Licht getreten. Die französische Regierung, erbittert über die durch Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangte Kritik des amerikanischen Generalstabchefs an den Leistungen Frankreichs für die NATO und außerdem erbost über die neuerliche Stimmenthaltung des amerikanischen Delegierten in der diesjährigen Algeriendebatte der UNO, war nur mit Mühe davon abzuhalten, einen offenen Auftritt in der Ministertagung zu provozieren. Mehr als eine äußerliche Beschwichtigung vermochte auch Eisenhower im Gespräch mit de Gaulle nicht zu erzielen. Immerhin haben sich die Außen- und Verteidigungsminister, jene Frankreichs eingeschlossen, gegenseitig verpflichtet, trotz Budgetschwierigkeiten und Entspannungszusicherungen in den Parlamenten die Verteidigungsanstrengungen ihrer Länder ernsthaft zu fördern, damit in absehbarer Zeit endlich die von den Experten als zur ersten Abwehr unerlässlich bezeichnete Truppenstärke der NATO erreicht wird.

Kommunistische Gleichschaltung in Osteuropa

Inzwischen ist deutlich geworden, wie Chruschtschew die Periode der außenpolitischen Koexistenz im Innern des Sowjetblocks ausnützt. In einer Rede vor dem ungarischen Parteitag verlangte er eine rasche Gleichschaltung des «sozialistischen Aufbaus» in den Satellitenstaaten, was nur im Sinne einer *beschleunigten Kollektivierungs- und Enteignungspolitik* der bisher relativ gemäßigten Regime von Polen und Ungarn zu verstehen sein kann. Die Verschärfung des Parteikurses in Polen ist in den zahlreichen Absetzungen und Neuernennungen vom November zum Ausdruck gekommen,

die Gomulka als eigene und unbeeinflusste Korrekturmaßnahme deklariert hat. Der sowjetische Druck läßt sich jedoch in Warschau ebensowenig leugnen wie in Ungarn, wo Chruschtschew persönlich und öffentlich eine neue verschärfte Kollektivierungskampagne in der Landwirtschaft forderte. Der Kremlherrscher trug allerdings Sorge, die ehemaligen Stalinisten durch seinen neuen Linkskurs nicht allzusehr zu ermutigen, indem er sogleich vor «Überheblichkeit» warnte. Der Schreck von 1956 sitzt Chruschtschew noch tief in den Knochen, und er geht äußerst behutsam zu Werk, um keine Reibungen aufkommen zu lassen, die das osteuropäische Pulverfaß erneut zum Aufflammen bringen könnten.

Fast gleichzeitig mit Chruschtschews Reminiszenzen an die Oktobertage 1956, in denen der Kommunismus — nicht gegen außen, aber bei seinen eigenen Anhängern — den schwersten Rückschlag seiner Geschichte erlitt, wurde auch in der UNO-Versammlung in New York daran erinnert, daß die Sowjetunion die mit großer Mehrheit beschlossene Aufforderung, ihre Truppen aus Ungarn zurückzuziehen, noch immer mißachtet. Dem empörten Gezeter der kommunistischen Delegierten, die die Wiederauflösung der Ungarnfrage als Neubelebung des Kalten Krieges und Provokation verschrien, begegnete der Amerikaner *Cabot Lodge* mit der Warnung, der von den Sowjets beschworene «Geist von Camp David» könne die USA niemals daran hindern, sich für die Opfer brutaler Unterdrückung einzusetzen, und niemals dürfe dieser Geist zum Schlafmittel der Demokratien werden. Auf die Debatte, die mit einer neuen, wenn auch stark abgeschwächten Verurteilung des heutigen Regimes in Ungarn endete, warf der Tod des Dänen *Bang-Jensen* einen düsteren Schatten. Bang-Jensen hatte als Beamter des UNO-Sekretariats an der Befragung ungarischer Zeugen zum Aufstand von 1956 teilgenommen und, einem gegebenen Ehrenwort treu, die Herausgabe der Listen an das Sekretariat

verweigert. Er erreichte schließlich die Zustimmung Hammarskjölds zur Verbrennung der Dokumente, mußte aber seine Loyalität mit dem Verlust der Stelle entgelten. Während in der UNO über die Neuaufrollung der ungarischen Tragödie verhandelt wurde, fand die Polizei eines Morgens in einem New Yorker Park die Leiche des Unglücklichen. Sogleich erhob sich der Verdacht eines kommunistischen Racheaktes, der auch heute noch nicht ganz von der Hand zu weisen ist, obwohl die Polizei angeblich zweifelsfrei einen Selbstmord feststellte. Andere Fälle wie die Ermordung des ukrainischen Nationalisten Bandera und der Giftanschlag auf das Personal von Radio Free Europe in München deuten auf eine gesteigerte Aktivität der kommunistischen Terrororgane hin, die die Koexistenzbereitschaft des Westens als Deckung für dunkle Aktionen zu benützen suchen.

Amerikanisches Interesse an der Integration

Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse hat das Auftreten der neugebildeten *Europäischen Freihandelsassoziation*, der auch die Schweiz angehört, eine stark veränderte Lage geschaffen. Nachdem es zunächst schien, als ob die Freihandelsvereinigung gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs zunächst einmal ihre Existenzfähigkeit zu beweisen haben würde, bevor eine gegenseitige Assoziierung — oder ein gegenseitiger Handelskrieg — überhaupt aktuell würde, hat nun das neuerwachte Interesse der USA an der europäischen Wirtschaftsintegration der Frage der Beziehungen unter den beiden Blöcken eine unerwartete Dringlichkeit verschafft. Den Anstoß für Washington bildete die rapide Verschlechterung der amerikanischen Zahlungsbilanz und das Schrumpfen der Goldreserven, die schon Anlaß zu einer Neuüberprüfung der amerikanischen Wirtschaftshilfe an das Ausland gegeben hatten. Von einer fortschreitenden Integra-

tion der europäischen Wirtschaft befürchtet man eine Einschränkung der amerikanischen Exportmöglichkeiten, um die es, angesichts des hohen Preisniveaus der USA ohnehin nicht sehr gut bestellt ist. Das führte die amerikanische Regierung zum Entschluß, sich einzuschalten. Auf der westlichen Gipfelkonferenz wurde das Thema unerwartet aufgegriffen und vereinbart, daß im Monat Januar an einer vorderhand «halb offiziellen» Konferenz in Paris — zu der auch die Schweiz eingeladen ist — darüber diskutiert werden wird, wie eine Spaltung Europas vermieden und wie Nordamerika am Zusammenschluß beteiligt werden kann.

Die Einschaltung Amerikas wird die *politischen Fragen* der Integration stärker hervortreten lassen. Gegenüber der EWG war Washington bereit, eine Diskriminierung seines Handels auf sich zu nehmen, da ihm der politische Zusammenschluß zu einem vereinigten Sechseuropa, der als erklärtes Ziel hinter der Wirtschaftsintegration steht, förderungswert erschien. Diskriminierung ohne politischen Gewinn, wie sie die Europäische Freihandelszone mit sich bringt, wollte man dagegen nicht ohne weiteres akzeptieren. Die Frage, was weiter geschehen soll, ist brennend vor allem für die drei am Freihandelsvertrag beteiligten *Neutralen* Österreich, Schweden und die Schweiz. Besonders in Österreich ist es zu heftigen Diskussionen gekommen. Industriekreise hätten den Anschluß an die EWG bei weitem vorgezogen; die Regierung wählte jedoch unter Berufung auf die Neutralität und das schweizerische Vorbild die Freihandelszone, worauf man ihr prophezeite, sie werde binnen kurzem zur Annahme sowjetischer Wirtschaftshilfe gezwungen sein. Da es um Österreichs Standort im Kräftefeld von Ost und West geht, rührt der Streit an Existenzfragen unseres Nachbarlandes. Die Schweiz hat demgegenüber dank ihrer gefestigten Position vergleichsweise wenig zu gewinnen oder zu verlieren.

Nemo

Bericht aus Ungarn

Budapests zahlreiche Espresso-Stuben waren zwischen dem 30. November und 4. Dezember 1959 ungewöhnlich schwach besucht — bis auf ein vermehrtes Aufgebot herumsitzender AVO-Typen in Zivil. Die Geheimpolizisten hatten in- und ausländische Delegierte zum VII. Kongreß der «Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei» (USAP) gegen unerwünschte Bemerkungen des Publikums oder Zufallsgespräche mit temperamentvollen Besuchern abzusichern. Daher mieden insbesondere vorgewarnte Stammgäste während der Kongreßwoche Cafés und Gaststätten der Innenstadt.

Ansonst bekundete die Masse der Werktätigen keine Neugierde für diese erste internationale Zurschaustellung der USAP-Hierarchie im Nachoktober. Seit dem Frühjahr 1959 hatten die Belegschaften der ungarischen Industriebetriebe zu Ehren «freiwilliger Ehrenverpflichtungen» vor dem Parteikongreß ein zusätzliches Produktions-Soll in Höhe von 4 Md. Forint bewältigt. (1 Forint/Ft. entspricht etwa dem Kaufwert von 14 bis 15 Schweizer Rappen.) Der Durchschnittsverdiener atmete jetzt vielmehr ein wenig auf und spuckte sich, in vorweihnachtlichen Einkäufen erschwingliche Geschenke, darunter technische Haushaltsartikel, zu erjagen. Dabei konnte nicht einmal der mit 1 Mil. angemeldete Bedarf an Christbäumen der rund 9 960 000 Seelen zählenden Bevölkerung zufriedenstellend gedeckt werden.

Kongreß der «unsicheren Kantonisten»

Ungarischerseits war die ideologische USAP-Parade durch die Parteiinstanzen fast klanglos vorbereitet und organisiert. Die «Bruderparteien» der Volksdemokratien hatten indes zur repräsentativen Großveranstaltung dieser «unsicheren Kantonisten» des Sowjetblocks bloß ihre zweite und dritte Garnitur abgeordnet. Somit erschienen von der Pro-

minenz der KP-Internationale auf dem VII. Kongreß der USAP tatsächlich nur Chruschtschew und der ostzonale SED-Sekretär Walter Ulbricht. Im Gegensatz zu westlichen Gerüchtemachern hatten die volksdemokratischen Machthaber Chruschtschews Reise nach Budapest zu spät erfahren und konnten ihre bereits fest nominierten Delegationen im letzten Augenblick nicht desavouieren.

Bekanntlich war der «Bund der Kommunisten der FVR Jugoslawien» auf dem USAP-Kongreß durch keine offizielle Abordnung vertreten. Dieses Fernbleiben der jugoslawischen Genossen findet durch anhaltende (fast traditionelle) Spannungen zwischen Belgrad und Budapest keine hinreichende Begründung. Vielmehr dürfte der Kreml-Herrscher persönlich, aus Rücksicht auf Peking und koexistenzialistische Patrouillengänge 'Tito-Broz' nach dem Westen, eine registrierbare Fühlungnahme mit Chefs der KP Jugoslawiens als inopportun abgelehnt haben. Jedenfalls aber verzichteten die ungarischen Parteitagsredner auf aggressive Äußerungen gegenüber der jugoslawischen Nachbarrepublik.

Die volkstümlichen Abschiedsworte des sowjetischen Partei- und Regierungschefs an die Budapester Genossen lauteten: «Wie man sagt, ist es überall gut sein. Doch am besten ist es daheim; und schließlich muß der Mensch auch wissen, wann er nach Hause gehen soll!» (Népszabadság, Nr. 288, 7. 12. 1959). — Chruschtschew verpflichtete sich zu dieser Schicklichkeit fremder Gäste allerdings nur für die eigene Person. Wie der rhetorisch glänzende János Kadar bereits am 30. November 1959 in seiner Begrüßungsansprache den Kongreßteilnehmern eröffnete, werden insgesamt 50 000 Rotarmisten im Besatzungsraum Ungarn solange stationiert bleiben, «als es die internationale Lage» erfordere. Zwar durchkreuzte Moskau mit dieser Ankündigung die vorschnellende

Sensationsmacherei westlicher Koexistentialisten. Nebenbei wird man aber realpolitischen Materialisten-Leninisten zugutehalten müssen, wenn sie weder entspannungspolitische Vorschüsse leisten, noch dem historischen Erfahrungssatz Vertrauen schenken: Die machtüberlegene, blutige Niederwalzung der Volkserhebung in einem Kleinstaat verbürgt innert eines Jahrzehnts eine verhältnismäßig ruhige Innenpolitik!

Restaurierte Fassaden des USAP-Vorwerkes

Der vorurteilsfreie Beobachter in Ungarn wird nicht bloß zur Kenntnis nehmen müssen, daß hoffnungsloser Skeptizismus und die endliche Einpassung breiter Bevölkerungskreise unter das Gewaltregime den revolutionsgeschichtlichen, eben erwähnten Slogan zu bestätigen scheint. Während der drei nachrevolutionären Jahre hat sich ebenso der machttotalitäre «Apparat» in Ungarns Volksrepublik kurspolitisch und zahlenmäßig fast im Sinne der Rákosi-Ära regeneriert:

Wohl bediente sich die USAP, im Schlag Schatten des VII. (V.) KP-Kongresses Ungarns, sozialdemokratisch-kleinbauernparteilicher Aushängeschilder wie des Arbeitsministers Ödön Kisházi, des Gewerkschaftspräsidenten Miklós Somogyi, des Parlamentspräsidenten István Dobi. Aber allein im Politbüro stehen jetzt den vier «Zentristen» des mittleren Parteiflügels mindestens acht Scharfmacher gegenüber. György Marosán, der am Oktoberende 1959 zum «Ständigen Stellvertreter» des kränklichen Ersten ZK-Sekretärs, János Kádár, ernannte Politruk bürgt für den zentral befohlenen «verhärteten» Kurs. Ein Drittel der mittleren und unteren Funktionärskader wurde in Vorwahlen zum Kongreß durch willfährigere Erfüllungsgehilfen der USAP ersetzt. In den Rängen des «Ungarischen Gewerkschaftsbundes» (UGB) hatten sich bis zum Sommer 1959 reformwillige Funktionäre der KP Ungarns verschanzt. Jüngst sind organisatorische Schwerpunkttafel und sozialpolitische

Mitsprache des UGB fast bedeutungslos geworden.

Gegenüber den mehr als 920 000 Kartei-Genossen vor dem Oktober 1956 buchten die USAP-Meldungen am Jahresende 1959 neuerlich 402 456 Vollmitglieder und 35 500 Kandidaten. Etwa 60% der USAP-Mitglieder und 56% der Parteianwärter sind, «auf Grund ihres ursprünglichen Berufes, Arbeiter». Zu diesen zählen etwa in der Reihe der ZK-Kandidaten listenmäßig u. a. «Martics, Pál; Arbeiter, Oberst» oder «Nagy, Józsefné; Arbeiterin, Direktorin der Textilwerke Goldberger» — vom Zentral-Komitee und sonstigen «Parteiarbeitern» untergeordneter Kader ganz zu schweigen!

Der schon etwas bemooste KISZ-Chef, Politbüro-Kandidat Zoltán Komócsin, meldete für den «Kommunistischen Jugendverband» (Kommunista Ifjúsági Szövetség, KISZ) 382 152 Jugendliche (darunter 35% Mädchen) in 11 658 Grundorganisationen. Die Mitgliederzahl des UGB lag knapp unter der 2-Millionengrenze. Sogar «Népszabadság», das Zentralorgan der USAP (täglich ca. 622 000 Expl.) und die Parteipresse der Provinz (täglich ca. 365 000 Expl.) nähern sich zwangsläufig vorrevolutionären Auflagerekorden.

Kommunistisches Bauernlegen im Zeitraffer

Zwischen Jahresbeginn und Märzende 1959 befahl selbst in den kleinsten Dörfern Trommelwirbel der Amtsdienner die Männer zur Großversammlung. Einige Stunden vorher «durchkämmten» Dutzende von Parteiagitatoren alle bäuerlichen Einzelhöfe. Die plötzlichen Besucher versprachen Alt und Jung für den Eintritt in die Landwirtschaftliche Erzeugergenossenschaft (LEG) das Erdenparadies. Selbstverständlich wurde mit Drohungen aller Grade ebenso wenig gespart. Der parteioffensive Heuschreckenschwarm zog erst weiter, nachdem die zusammengetriebenen, erschreckten Bauern im Gemeindegemeindeaal die Beitrittserklärungen zum Kolchos «freiwillig» unterschrieben hatten. Da die

Regierung gleichzeitig den LEG-Vorsitzenden wichtige Verwaltungsbefugnisse übertrug, die früher den örtlichen Volksräten (Bürgermeistern) zustanden, kam jeder Widerstand gegen diese «Überzeugungsarbeit» einer Existenzgefährdung der Familie gleich.

Die Erfolgsziffern des Bauernlegens mit dem Zeitraffer waren denn auch fast überwältigend: Seit Dezemberende 1958 bis zum 31. März 1959 vermehrte sich die Zahl der LEG von 2755 auf 4054, der Mitgliederstand der Kolchosbauern schnellte von 139 770 auf 489 656, das Ausmaß kollektivierter Ackerfelder vergrößerte sich von 14,6% auf 36,6% der bearbeiteten Nutzfläche Ungarns. Unter Einbeziehung der Staatsgüter mit etwa 13,6% genutzten Ackerlandes lautete am 31. März 1959 die Vollzugsmeldung: 50,1% anbaufähigen Bodens in Ungarn gehörten (erstmalig seit 1945) dem «sozialistischen Sektor» an.

Indes wirkte sich der schlagartige Zustrom von 349 886 Bauern in die Kolchosen zu einer unbeabsichtigten Großsabotage gegen die Bodenverstaatlicher aus: Den Frühjahrsanbau 1959 vermochten weder die wenigen (auf 15-PS-Einheiten umgerechneten) 16 800 Schlepper, noch der unzulängliche Maschinenpark — geschweige denn das Häuflein befähigter Fachleute und Leitungsorgane der LEG zu bewältigen. Es fehlt eingeständenermaßen am technischen Bedienungspersonal für Traktoren, Mähdrecher usw. Im Herbst 1959 mußten die neuen Kolchosmitglieder Großvieh und Schweinebestand aus ihren Hofställen in vielfach nur behelfsmäßige Gemeinschaftsstallungen überstellen. Das machte böses Blut. Die Bodenerträge 1959 sanken sogar gegenüber der schwachen Mittelernte des Herbstes 1958 ab. Knapp vor dem VII. Kongreß versprach der Landwirtschaftsminister Imre Dögei, angesichts der kritischen Lage der LEG, umfangreiche Finanzhilfen, Lieferanleihen, Förderungsprämien und die rechtzeitige Ausbildung von Traktoristen für die bis 1960 in Aussicht gestellten 12 000 Schleppereinheiten (zu 15 PS).

Rückkehr zum «vorfristigen Aufbau des Sozialismus»

Der Tornado «sozialistischer Umwandlung» der Landwirtschaft bildete nicht den einzigen Bruch feierlicher Versprechen, die Ungarns Politmanager den Werktätigen nach der Oktoberrevolution zugesichert hatten: Nicht allein wollte man die Agrarkollektivierung nur allmählich und «auf der Grundlage vollkommener Freiwilligkeit» durchführen. Überhöhte Kapitalinvestitionen und schwerindustrielle Zuwachsraten sollten gleichfalls zugunsten der Leichtindustrie- und Bedarfs-gütererzeugung radikal gekürzt werden.

Wer gegenwärtig den genehmigten Entwurf zum zweiten ungarischen Fünfjahrplan (1961—1965) überblickt, entdeckt im Vergleich zu dem größtenwahnsinnigen ersten Planjahrfünft (1950—1954) an dem Steigerungs-Soll nur geringfügige Abstriche. Ungarns Plansystem paßt sich strukturell und entwicklungsmäßig neuerlich den arbeitsteiligen Rubelblockplänen an. Der Maschinenbau soll bis 1965 (1958 = 100) um 80 bis 90% mehr erzeugen; Meßgeräte und Instrumente der Feinmechanik sowie die chemischen Branchen haben ihren Erzeugungsaustoß zu verdoppeln; die Stahlproduktion soll von 1,6 Mil. t auf 2,4 Mil. t ansteigen usw. Leichtindustrie und Nahrungsmittelerzeugung sind dagegen bloß mit Indexzunahmen zwischen 32% bis 40% veranschlagt.

Freilich soll die Mehrleistung wesentlich durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität «um mindestens 37—40%», überwiegend auf Grund verbesserter Produktionstechnik und Rationalisierung, erzielt werden. Doch gerade diesbezüglich verrieten Kongreßberichte des Planungschefs Árpád Kiss, des Politbüromitglieds Antal Apró, des zweiten Budapester Parteisekretärs Dezső Kiss usw. vorsichtige Zurückhaltung: Chefplaner Árpád Kiss bekrittelt die ungerechtfertigt hohen Beschäftigtenzahlen der Industriebetriebe und die im Verhältnis zum fortschrittlichen Westen überhöhten Fertigungszeiten im

Maschinenbau. Dezsö Kiss beschwerte sich über den Rekord an Überstunden in den Unternehmen Großbudapests (50% des ungarischen Industriepotentials) und klagte, daß «die quantitative Betrachtungsweise» unter den Arbeitnehmern, zum Schaden der Qualitätserzeugung, «überwiegt». Technische «Rekonstruktion» der Betriebe und soziale Vorhaben bleiben gegenüber sonstigen Planpositionen im Rückstand.

Sozialplanerisches «Fernsehen» und die Metapher vom Maulesel

Ein durch Rednerwitz ausgezeichnetes Politbüromitglied leistete sich seit dem Frühjahr 1958 vor hohen Kaderfunktionären mehrfach folgende Metapher: Der Maulesel sei als Arbeitstier besonders beliebt, weil er mit der Genügsamkeit des Esels die Zug- und Tragleistung des Pferdes vereinige. Der ungarische Arbeiter jedoch sei gegenteilig veranlagt: Höchste Lebensansprüche seien gepaart mit der Neigung zu einem Mindestmaß an Leistung!

Diese wahrhaft «sozialistische» Grundhaltung zu den Werktätigen wird von anderen Politmanagern geteilt. Seit Jahresbeginn 1959 bremst denn auch die Planzentrale die im Januar 1957 selbst hervorgerufenen lohninflationistischen Tendenzen unnachsichtig. Durchschnittlich um zwei Drittel aufgestockte industrielle Erzeugerpreise, Verkehrstarife und Baukosten gegenüber Jahresende 1958 schöpften den Überhang an Kaufkraft ab. Der durch die ZK-Resolution vom 7. März 1959 neuerlich verfügte «sozialistische Wettbewerb» sowie die Prämienschin-

derei im Industrieapparat und in den Kolchosen haben bis zum Jahresende 1959 einen fühlbaren Geldmangel des Durchschnittsverdieners hervorgerufen. Qualitätsmängel der früher hervorragenden Geschmacks- und Verbrauchsgütererzeugung scheinen anzudeuten, daß während und unmittelbar nach der Vollerhebung von 1956 mehr als bloß quantitativ zu bewertende Ausfälle an Arbeitskräften zu verzeichnen waren. Alle sozialpolitischen Zusagen und die bis 1965 geplante befriedigende Bedarfsdeckung des Inlandmarktes konzentrieren sich auf das leidige Problem der Produktivitätssteigerung und des Ausfuhrüberschusses ungarischer Veredlungsexporte. Doch weder die plangemäße Steigerung der Arbeitsproduktivität, noch erhöhte Einkünfte der Außenhandelswirtschaft erscheinen bei dem wiederum überforderten Rubelblockpartner Ungarn gewährleistet.

Ein Querschnitt der Jahresereignisse 1959 zeigt gerade im Modellfall Ungarn, daß der Kreml mit seiner neuesten Koexistenzoffensive gegenüber dem Westen keineswegs die Absicht hegt, den «Geist von Camp David» auf die Satellitenstaaten zu übertragen. Sowjetische Entspannungsgesten werden vielmehr blockintern durch «verhärtete» Kurse kompensiert. Moskau will die Fehlspekulationen der «Toleranz» im Jahre 1956 für alle Zukunft vermeiden. Ob indessen der wiederum befohlene, in Polen und Ungarn deutlich profilierte Planrigorismus nicht erst recht gefährliche Höhepunkte einer Sozialkrise beschwören wird — das bleibt abzuwarten.

Der Roboter in G-2¹

Auf einer sonnigen, waldbestandenen Anhöhe am Südufer des Potomac, etwa ein

¹ Die übliche militärische Bezeichnung für den Nachrichtendienst.

Dutzend Kilometer von Washington entfernt, begrub Eisenhower im November das etwas mitgenommene, aber immer noch höchst romantische Bild der blonden Mata Hari und des geheimnisumwitterten interna-

tionalen Spions im Trenchcoat des internationalen Agenten.

Beim Legen des Grundsteins und der Widmung des Hauptquartiers des amerikanischen Geheimdienstes (Central Intelligence Agency, CIA) in weiß gestrichenem Beton und Stahl, das mit einer Bausumme von 46 Millionen Dollar auf einem Areal von 56 ha errichtet wird, gedachte Eisenhower der «unbesungenen Helden ohne Orden» des weltumspannenden amerikanischen Nachrichtendienstes.

Manche mögen geglaubt haben, er spreche von den kühnen Spionen, die ihr Leben im Dienst des unauffälligsten Dienstes aufs Spiel gesetzt und manchmal auch verloren haben. Aber es war klar, daß die neuen Helden des Zeitalters der Atomwissenschaft, der ferngesteuerten Geschosse und des Raums die Mathematiker, Soziologen, Psychologen, Anthropologen und andere sind — Analytiker mit ihren automatischen Rechenmaschinen und riesigen Registraturen.

Der persönliche Mut und Einsatz des Spions ist natürlich im Nachrichtendienst noch immer erforderlich. Der Fachmann an seinem Pult und das automatische Gehirn können selbst in unserem Zeitalter der Automation den Geheimagenten nicht ganz ersetzen. Aber der Großteil der Nachrichten, die eine moderne Großmacht haben muß, stammt aus der langwierigen Tätigkeit des Sammelns und Sichtens von Millionen kleiner Tatsachen durch Gelehrte, Wissenschaftler und Analytiker.

Wie Eisenhower bei der Grundsteinlegung für das CIA-Gebäude sagte, ist der Nachrichtendienst heute mehr als nur eine militärische Angelegenheit, mehr als die Erforschung der feindlichen Kräfte, deren Dispositiv, Ordre de bataille und Absichten.

«In Friedenszeiten», sagte der Präsident, «sind die notwendigen Fakten anderer Natur. Sie betreffen Verhältnisse, Mittel, Erfordernisse und Auffassungen in der ganzen Welt. Diese und ihre richtige Auslegung sind wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung einer Politik mit dem Ziel der För-

derung unserer Sicherheit auf lange Sicht und unserer Interessen.»

Der Nachrichtendienst ist «Big Business»

Diese für eine Nation lebenswichtige Notwendigkeit, über eine Unzahl genauer und zeitgemäßer Tatsachen verfügen zu können, hat in den USA und anderen führenden Ländern zum Ausbau eines gewaltigen Apparates geführt. Während der Nachrichtendienst, als er nach dem Krieg demobilisiert wurde, noch einige zehn Millionen Dollar im Jahr kostete und einen Stab von höchstens 20 000 Militärpersonen und vielleicht 10 000 Zivilisten umfaßte, schätzt heute ein Fachmann des Pentagon den weltumfassenden Apparat auf über 100 000 Mitglieder, der im Jahr 3 Milliarden Dollar verschlingt. Manche werden dies als Übertreibung ansehen, andere als konservative Schätzung. Die offiziellen Zahlen sind natürlich geheim und werden im Bundesbudget sorgfältig unter harmlos tönenden Posten verschleiert.

Die CIA ist die Spitze dieses Systems, eine zentrale Sammelstelle, Auswerte- und Clearing-Zentrale und Sitz der Leitung des Spionagedienstes im Ausland. Man schätzt die Zahl der Mitarbeiter auf über 11 000, welche die 120 000 Quadratmeter Bodenfläche des riesigen neuen Hauptquartiers gegen Mitte des Jahres 1961 bevölkern werden; dazu kommen weitere Tausende, die über die ganze Welt zerstreut sind.

Es befinden sich verhältnismäßig wenige Spione unter ihnen — wahrscheinlich weniger als 5 Prozent. Mehrheitlich handelt es sich dabei nämlich um Köpfe und «Arbeits-tiere», die über Millionen gedruckter Worte und aufgezeichneter Radiosendungen, offizieller und geheimer Berichte gebückt sind, Tausende von Photographien und Zeichnungen durchsehen, Registraturschubladen öffnen und schließen, Daten analysieren, Berichte schreiben, Schreib-, Chiffrier- und automatische Datenauswertungs-Maschinen betätigen.

Hinsichtlich ihrer Bedeutung kommt die

National Security Agency der CIA am nächsten — manche Leute halten sie noch für wichtiger — mit ihrem Hauptquartier in Fort Meade, Md., 40 km von Washington, das 30 Millionen Dollar gekostet hat und 10 000 Angestellte beschäftigt. Noch unauffälliger und seltener erwähnt als die CIA, wird die NSA von militärischen Fachleuten als diejenige Nachrichtenorganisation bezeichnet, die am meisten leistet.

Der Horcher an der Wand der Welt

Die National Security Agency erzählt nie etwas über ihre Tätigkeit und manchmal sonnt sie sich etwas selbstzufrieden in ihrer Geheimnistuerei. Aber es ist in Washington und in diplomatischen Kreisen oder bei den fremden Militärattachés kein Geheimnis, daß die NSA sich mit dem mysteriösen Gebiet der Nachrichtenübermittlung befaßt — ein Euphemismus für den Dechiffrierdienst —, einer Kunst und Wissenschaft, die so alt ist wie der erste Versuch des Menschen, seine Meldungen durch Flüstern oder unter Verwendung kryptischer Symbole und Worte zu verschleiern.

In dieser Abteilung beherrscht die von Maschinen erzeugte Nachricht jede Tätigkeit. Radiosendungen aus der ganzen Welt werden tagaus, tagein aufgenommen. Diese überwachten Sendungen werden analysiert und die Berichte darüber an die CIA und andere Zentren weitergegeben. (Der Abhördienst ist vom Aufnahmedienst ausländischer Sendungen in offener Sprache seitens der CIA getrennt.)

Die NSA verfügt über ein weltumspannendes Netz von Abhör- und Überwachungsstationen, die mit dem militärischen Nachrichtendienst zusammenspielen — dem hartnäckigsten und aufmerksamsten Horcher auf der ganzen Welt. Als Beispiel möge eine Einheit im Netz der NSA dienen: das Nachrichtenzentrum der amerikanischen Luftwaffe am Flugplatz von Kelly in Texas. Als die Luftwaffe ihre Pläne für ihr Nachrichtenzentrum mit einem Voranschlag von 6 Millionen

Dollar zusätzlich 1,7 Millionen für drei Radioabhöraggregate zur Aufnahme von Meldungen unterbreitete, verlangte sie auch eine Sicherheitsumzäunung von über 2 km Länge zum Schutz der Station. Doch noch kennzeichnender für den Umfang des «Papierkrieges» war die Notwendigkeit einer Papierverbrennungsanlage für verarbeitete Schriftstücke, ein Ofen, der in 24 Stunden 12 Tonnen Papier vernichten kann.

Wie gründlich dieses Abhörnetz arbeiten kann, zeigte sich zu Beginn des Jahres 1959, als die USA die Sowjetunion beschuldigten, ein Transportflugzeug vom Typ C-130 der amerikanischen Luftwaffe in der Nähe der türkischen Grenze kaltblütig abgeschossen zu haben. Als Beweis für den planmäßigen und absichtlichen Abschluß gab das amerikanische Staatsdepartement zum ersten Male eine geheime Aufnahme der Gespräche über das Radio bekannt, welche die Sowjetpiloten während des Angriffs mit ihren Bodenstationen geführt hatten.

Das Dechiffrieren von Geheimcodes ist heute nicht mehr eine Wissenschaft, die mit Papier und Bleistift betrieben wird. Komplizierte elektronische Gehirne, die Millionen von Dollars kosten, und die besten menschlichen Gehirne werden an dieser Front eingesetzt. Einige der ersten Mathematiker der USA, Kryptographen und Chiffre-Experten befassen sich mit der Aufgabe, der große Priorität zugestanden wird, sich mit dem Können von Maschinen und Menschen des Feindes zu messen. Diese Aufgabe gilt als so wichtig, daß zwei der führenden Kryptographen Amerikas vom Kongreß je \$ 100 000 für ihre Erfindungen und Beiträge zugesprochen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Kapitän a. D. Laurance Safford, Kryptograph der amerikanischen Marine, und den in Rußland geborenen Oberst William F. Friedman, der im Jahr 1955 den Dienst der National Security Agency verließ.

Chruschtschews Hobnlächeln

Es hält schwer, den Wert dieses kostspieligen Aufwandes abzuschätzen, um dem Feind

beim Lesen über die Schulter blicken zu können. Leitende amerikanische Militärpersonen geben offen zu, daß sie nicht viel über die militärischen Möglichkeiten der Russen und noch weniger über die Absichten des Kremls wissen. Dabei haben wir es nicht etwa mit einer bescheidenen Scheu vor dem Rampenlicht oder mit einer geschickten Tarnung besseren Wissens zu tun. Natürlich bringt das Nachrichtennetz einen großen Fang ein, aber meistens handelt es sich um kleine Fische — appetitlich und hungerstillend, aber nicht geeignet, um sich darin zu verbeißen. Es gibt so viele Dinge, welche die für die militärische Planung Verantwortlichen gern mit Sicherheit wissen möchten. Zudem besteht noch die Tendenz, nicht nur den von den Agenten eingebrachten Informationen, sondern auch den Produkten der Köpfe gelehrter Analytiker zu mißtrauen, die manchmal so sehr von eigener Weisheit, Auslegungskunst und Vorurteil eingenommen sind, daß sie Fakten von entscheidender Bedeutung übersehen.

Es versteht sich aber von selbst, daß der amerikanische Nachrichtendienst wirksam genug ist, um Chruschtschew zu ärgern. Bei seinem Besuch in den USA versuchte er den amerikanischen Geheimdienst lächerlich zu machen. Er sagte, Rußland besitze amerikanische Chiffrierbücher, während russische Spione, die zum Personal der USA gehörten, für Rußland arbeiteten. Amerikanische Beamte durchschauten diese Äußerung als plumpen Versuch, die USA zu einem Vertrag über «Spionage-Abrüstung» mit Rußland zu veranlassen.

Man weiß, daß die Russen selbst ein großes Nachrichtensystem unterhalten, das vielleicht ebenso gewaltig, jedoch nicht so kostspielig ist wie das amerikanische. Einerseits ist das ihnen gestellte Problem nicht so schwierig, weil ein großer Teil der militärischen Anstrengungen der USA jedermann zugänglich ist. Chruschtschews vorgefaßte Meinung und die russischen propagandistischen Angriffe gegen die amerikanischen Spione zeigen eine Verzerrung der Gesichtspunkte, die auf die übermäßige Bedeutung hinweisen, welche Rußland selbst der Spionage beimißt.

Mehrheitlich Papierarbeit

In einem der im Grundstein des CIA-Gebäudes eingemauerten Dokumente steht geschrieben:

«Nicht alles im Nachrichtenwesen ist finster, noch ist es ein hassenswertes Gewerbe. Aber vor dem zweiten Weltkrieg hatte unser Nachrichtendienst die großen, zugänglichen Informationsquellen weitgehend unbenutzt gelassen, auf denen 80% der Nachrichten normalerweise fußen sollten. Ich denke dabei an Bücher, Zeitschriften, technische und wissenschaftliche Publikationen, Photographien, Wirtschaftsanalysen, Zeitungen und Radiosendungen sowie allgemeine Informationen von Personen mit Kenntnissen über ausländische Verhältnisse...»

Es sind dies Worte einer Erklärung des verstorbenen Generals Hoyt S. Vandenberg, des Zentralkommandanten des Nachrichtenwesens Anno 1947 und späteren Stabschefs der amerikanischen Luftwaffe. Die Bedeutung dieses «offenen» Nachrichtenwesens ist in den letzten Jahren noch augenfälliger geworden. Generalmajor William W. Quinn, bis vor kurzem stellvertretender Vizedirektor des Nachrichtenwesens der amerikanischen Armee, erklärt: «Es kann als ziemlich sicher angenommen werden, daß 90% der Arbeit im heutigen Nachrichtenwesen Papierarbeit ist und aus dem Sammeln von Informationen aus Zeitschriften, Radiosendungen, Dokumenten und Berichten von Beobachtern besteht. Es heißt forschen, vergleichen, analysieren und versuchen, aus Gerüchten die genauen Tatsachen herauszuschälen, die dann in das Gesamtbild eingefügt werden.»

Quinn erklärte, allein schon die Armee besitze Registraturkästen in einer Länge von 20 Kilometern, in denen sich Nachrichtendokumente anhäufen. Die Abteilung «Army G-2» (Nachrichtenwesen) allein behandelt nach seinen Angaben etwa 5 Millionen einzelne Dokumente im Jahr.

Angesichts dieser gewaltigen Papierflut hat beispielsweise die Armee Fachleute der Automation zugezogen, die helfen sollen, das Problem zu lösen. Die Radio Corporation of America entwickelt für die Armee eine elektronische Datenverarbeitungsmaschine, von der eine umwälzende Wirkung auf das Nachrichtensystem erwartet wird.

Das Roboter-Gehirn nimmt Daten auf, sortiert und klassiert sie, um sie dann in Gedächtniszellen zu verwahren. Wenn das weltumspannende Sammelsystem neue Daten liefert, werden sie wieder in die Maschine gegeben.

Wie General Quinn sagt: «Wenn neue Daten mit bereits bestätigten oder übernommenen Daten übereinstimmen, werden sie

gespeichert. Scheint ein Gegensatz oder Widerspruch zu bestehen, dann wird sie die Maschine wieder ausstoßen. Dies ist für die Fachleute das Zeichen, daß die neuen Daten analysiert und mit den bereits vorhandenen verglichen werden müssen, damit bestimmt werden kann, was damit zu geschehen hat.»

Der Automat wird den Analytiker mit menschlicher Intelligenz und den Spion im Trenchcoat nicht ersetzen. Aber er wird den Prozeß der Auswertung des umfangreichen Rohmaterials aus dem Milliarden-Nachrichtensystem beschleunigen. Und vielleicht bringt er die falschen Berichte der Doppelagenten Chruschtschews rascher ans Licht.

Lloyd Norman

Der Sieg der Parteipolitik

Die Neuwahl des Bundesrates vom 17. Dezember wies eine spektakuläre Äußerlichkeit auf: Den eklatanten Mißerfolg der Kandidatur des sozialdemokratischen Parteipräsidenten Nationalrat *Bringolf*. Von viel größerer Tragweite ist aber der *politische Kurswechsel*, der in der Wahl von gleich zwei Sozialdemokraten zum Ausdruck kommt.

Nationalrat Bringolf hat die Reihe jener Politiker verlängert, die nicht wissen, daß die wachsende Zahl der Jahre in einem gewissen Zeitpunkt zum Verzicht auf weitere Karriere veranlassen sollte. Das Schweizervolk hat ihm aber vor allem seine kommunistische Vergangenheit nicht vergessen, die bei ihm nicht auf die Zeit der unreifen Jugend beschränkt war, sondern weit ins Mannesalter hinein reichte und daher nicht verzeihlich ist. Sein Alter und das Ungestüm, mit dem er nach einem Sitz im Bundesrat drängte, mögen die Hauptgründe dafür gewesen sein, daß seine eigene Fraktion ihn nicht geschlossen unterstützte und sehr rasch teilweise von ihm abschwenkte.

Gemessen an der politischen Geschichte der Eidgenossenschaft in den letzten Jahr-

zehnten, stellt der Einzug zweier Sozialdemokraten in den Bundesrat nicht das Ergebnis einer organischen Entwicklung dar. Daß die sozialdemokratische Partei Dr. *Max Weber* Beifall klatschte, als er den Bundesrat aus Mißmut über einen ihm nicht zusagenden Volksentscheid verließ, und daß sie sich in den «Jungbrunnen der Opposition» zurückzog, der ihr die erhoffte Stärkung allerdings nicht brachte, hat bewiesen, mit wie vielen inneren Vorbehalten die Zusammenarbeit in der Landesregierung damals behaftet war. Die letzten Nationalratswahlen brachten einen namhaften Rückgang an sozialistischen Stimmen und stellten ein Vertrauensvotum des Volkes für die Politik des rein bürgerlichen Bundesrates dar. Die sozialdemokratische Partei hätte ferner eine Einervertretung nicht ausgeschlagen. Von einer außen- oder innenpolitischen Lage, die eine umfassende Koalition aufgedrängt hätte, war auch keine Rede. Es gab somit keine Zwangsläufigkeit von innen heraus. Die treibenden Kräfte lagen anderswo.

Die bürgerliche Zusammenarbeit, die unter den Parteien nicht schlecht, im Bundesrat

fast immer gut funktioniert hat, zog ihre Kraft und Rechtfertigung nicht aus dem Willen, allein zu regieren, sondern aus der Gemeinsamkeit gewisser Anschauungen und Grundsätze, die von der Sozialdemokratie zum Teil, zum Beispiel im Bereich der öffentlichen Finanzen, bekämpft wurden. So hätte das langfristige Ziel der Beteiligung auch der Sozialdemokraten in der Landesregierung eine Zwischenstufe einer Einmannvertretung erfordert, um Zeit zu geben, die grundsätzlichen Fragen zu klären. In der kürzlichen Bundesratswahl sind nun aber die Grundsätze durch Parteiarithmetik ersetzt worden. Es erschien als wichtiger, ja nicht einer der großen bürgerlichen Parteien eine stärkere Vertretung in der Regierung zu gewähren, als die Politik der bürgerlichen Koalition fortzusetzen. Die Beschränkung des Freisinns auf einen abgezielten Kreis war das Hauptziel, die Aufnahme zweier Sozialisten in den Bundesrat war mehr Nebenprodukt dieser Strategie. Nichts beweist so sehr, daß die Frage der Eignung und der richtigen Zusammensetzung der Regierung in den Hintergrund gestellt worden ist als die Tatsache, daß Minister *Schaffner*, der Mann, der der beste Chef des verwaisten Volkswirtschaftsdepartementes gewesen wäre, zwar einen für eine mehr nur inoffizielle Kandidatur außerordentlichen Erfolg erzielte, aber doch nicht gewählt wurde, und daß sich im neuen Gremium kein Mitglied unbedingt als

Leiter dieses Departements aufdrängt. Dabei wird in den nächsten Jahren gerade den von diesem Departement zu betreuenden Fragen die weitaus größte Bedeutung für das Schicksal unseres Landes zukommen.

Es läßt sich noch nicht voraussehen, welche Folgen dieser Sieg der Parteiarithmetik über die Grundsätze und die personelle Eignung haben wird. Da die sozialdemokratische Zweierbeteiligung nicht organisch gewachsen ist, könnte sehr wohl in den bürgerlichen Kreisen eine innere Distanznahme zur Landesregierung eintreten. Die Möglichkeit eines Zugs nach links in Regierung und Verwaltung ist nun gegeben. Das gibt Anlaß zu Mißtrauen. Die Zusammenarbeit der freisinnigen und der konservativ-christlichsozialen Partei ist nun mit allerlei Belastungen behaftet. Der Sozialdemokratie, erfolglos in den Nationalratswahlen, ist von außen ein Sieg zugetragen worden. Wir haben nun ein System der Beteiligung aller großen Parteien an der Regierung ohne eigentliche verpflichtende Koalition. Nicht vertretene kleine Gruppen, am ehesten die PdA in der Westschweiz, werden vielleicht davon profitieren, allein ohne Mitverantwortung zu sein. Die Schweiz, sonst so vorsichtig und auf Bewährung eingestellt, hat sich auf ein Experiment eingelassen. Es wird einige Zeit dauern, bis unser Land das Gleichgewicht wieder gefunden hat.

Helveticus

Querschnitt durch neue Wirtschaftszeitschriften

Während des diesjährigen Spätsommers und Frühherbstes hat die große Politik, die im amerikanischen Besuche Chruschtschews, mit den britischen Parlamentswahlen und den diplomatischen Vorfeldkämpfen um die Gipfelkonferenz ihre Höhepunkte besaß, im Berichtsquartal den ökonomischen Inhalt der Wirtschaftspresseorgane ein wenig überschattet. Musterbeispiel dafür mag der Londoner «Economist» sein, dessen Spalten

durch Wochen des Septembers und Oktobers hindurch von politischen Themen gefüllt waren. Allgemein können wir auf dem wirtschaftlichen Gebiet neue Erkenntnisse der diesbezüglichen Presse wenig verzeichnen.

Internationale Wirtschaftspolitik

So sind die Fronten im Streite um die Methode, zur europäischen Integration zu gelangen,

in dem von beiden Seiten, von den «Sechs» ebenso wie von den «Sieben», nach wie vor friedliche Absichten in den Vordergrund geschoben werden, ziemlich erstarrt. Der bekannte deutsche Bankier Hermann J. Abs verweist in der «Schweizerischen Handels-Zeitung» (in folgendem kurz «SHZ») vom 25. 9. darauf, daß «Europas Zukunft keine Blockpolitik verträgt». Der deutsche Wirtschaftsminister Erhard gibt in derselben Zeitung am 21. 10. optimistisch seiner Überzeugung Ausdruck, daß «der europäische Wirtschaftskrieg nicht stattfindet». Die Anregungen des Präsidenten Hallstein zur Überwindung der europäischen Spaltung, die vom «Economist» am 3. und von der «NZZ» am 29. 10 (Nr. 297) dargestellt werden, finden nach der Wiener «Industrie» vom 2. 10. keine einhellige Unterstützung. Die Erdölvorkommen im Gemeinsamen Markt und in der «Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)», dem neuen offiziellen Titel der «Kleinen Freihandelszone», werden in der «Europäischen Wirtschaft» vom 31. 10. einander gegenübergestellt, die «Steuern und Subventionen» der einzelnen EWG-Länder von dem neuen Mitglied der Hohen Behörde in der Montanunion Dr. Fritz Hellwig in den Heften 16 und 17 derselben Zeitschrift unter sich verglichen. «Le cadre institutionnel de l'intégration européenne» zeichnet Präsident Gérard F. Bauer in Heft III der «Außenwirtschaft». Mit einem Exposé präzisiert die «Wirtschaftsförderung» in Nr. 9 ihrer «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» die Probleme der EFTA. In der «SHZ» vom 3. 9. liest man einen eindrucksvollen Artikel über die «Stärkung der Welthandelsposition durch Europa», in der Sondernummer derselben Zeitung zur schweizerischen Bankiertagung 1959 widmet der Präsident der Generaldirektion in der Schweizerischen Bankgesellschaft, Dr. A. Schaefer, am 25. 9. seine Feder dem Thema: «Die Schweizer Banken und die Integration Europas». Die «SHZ» meldet am 19. 11. vom Vorabend der Stockholmer Freihandelskonferenz «versöhnliche Töne» aus

Frankreich und beschreibt in dieser Ausgabe «die Zollanpassung Dänemarks an die EFTA». In der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 20. 11. schildert Hans Steffen eingehend den Weg zur EFTA, und «La Suisse Horlogère» präzisiert am 19. 11., was die Uhrenindustrie von der neuen Institution erwartet. Österreich ist in seiner Lage zwischen den «Blöcken» nach der Meinung der Wiener «Industrie» vom 20. 11. zur «Europa-Initiative» das berufene Land. Nach der «NZZ», Nr. 323, vom 24. 11., befindet sich «die Freihandelszone vor ihrer Bewährungsprobe». Das Schweizerische Institut für Auslandsforschung und die Zürcher Volkswirtschaftliche Gesellschaft hatten am 23. 11. den Wirtschaftsminister Erhard und den französischen Professor Jacques Rueff zu konferenzieller Behandlung des Problems der Währungs- und Wirtschaftsreform geladen; über die sehr bemerkenswerte Aussprache berichten die «Basler Nachrichten» (Nr. 499, vom 25. 11.) eingehend. Als neueste Meldung in diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß der «Economist» am 28. 11. begründete Zweifel ausspricht, ob die EFTA zum Ausgangspunkt für eine europäische Annäherung gemacht werden kann.

Am 13. 11. befaßt sich die «NZZ» (Nr. 312) mit der europäischen Wirtschaftspolitik, wie sie der *OEEC* als angebracht vorschwebt. — Die diesjährige *GATT*-Konferenz zu *Tokio* in der Zeit vom 27. 10. ab (die vierte ihrer Art nach den vorhergehenden von Genf, Annecy und Torquay) hat das Interesse der Wirtschaftspresse am Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen wieder angefacht. Die «NZZ» bringt am 29. 9. (Nr. 267) einen Auszug aus dem Bericht des *GATT* für 1957 und 1958 unter der Devise: «Die restriktiven Maßnahmen im Welthandel» und am 28. 10. (Nr. 296) ein Referat über die Tokioter Beratungen. Die «SHZ» erörtert am 8. und 28. 10. «die schweizerische Agrarpolitik am Pranger und im Lichte des *GATT*». Das amerikanische Wirtschaftsmagazin «Challenge» endlich lobt im Ok-

tober das GATT als Antriebsmittel für den Welthandel. — In der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Oktober verbreitet sich A. Villiger (Zürich) über «Konjunktur-Politik auf privatwirtschaftlicher Grundlage». — Erneut erweist sich, diesmal insonderheit bezüglich des *Geld- und Kapitalmarktes*, die «NZZ» wahrlich als Fundgrube für ökonomische Informationen: sie schildert am 13. 9. (Nr. 252) «die Erstarkung der europäischen Währungen seit 1956», referiert am 28. 9. (Nr. 266) über «den Jahresbericht des Internationalen Währungsfonds», am 30. 9. (Nr. 268) über den der Weltbank und gibt am 28. 9. den Vortrag von Bundesrat Streuli auf dem diesjährigen Schweizer Bankiertag wieder: «Die Finanzpolitik des Bundes und die Banken.» Die «Wirtschaftsführer-Briefe» aus Braunschweig vom 15. 10. glauben feststellen zu können, daß «die Weltbank an Vertrauen gewonnen» hat. «Finanz und Wirtschaft» vom 9. 10. befaßt sich im Leitartikel mit «den Hauptursachen der internationalen Geldentwertung». — In der schon vorher erwähnten Sondernummer der «SHZ» vom 25. 9. äußert sich Professor Röpke über «Kommunismus und *unterentwickelte Länder*». Dieselbe Zeitung bezeichnet am 22. 10. die Schweizer Hilfe an Entwicklungsländer als «auf falscher Bahn befindlich»; sie läßt sich am 5. 11. von Ministerialdirektor Dr. G. Harkort (Bonn) über die «deutsche technische Hilfe für die Entwicklungsländer» unterrichten. Ferner macht sich L. von Richter am 1. 11. «Gedanken zur Entwicklungshilfe» in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen». Am 21. 11. ermahnt schließlich der «Economist» das «neu-reiche» Europa, an Stelle der der alleinigen Hilfe überdrüssig gewordenen Amerikaner sich nachdrücklicher der rückständigen Gebiete anzunehmen. — *Im übrigen* verdienen die Sonderausgabe der «Europäischen Wirtschaft» vom 30. 9. zum «Verkehr im neuen Europa», der Bericht von Dr. Th. Beckermann (Essen) über «das Handwerk — gestern und heute» in Heft 3 des «Internationalen Gewerbearchivs» und eine Arbeit von H. Cayre (Paris):

«Die wichtigsten wirtschaftlichen Ursachen für den Rückgang des landwirtschaftlichen Einkommens» in der Sept./Okt.-Ausgabe der «Agrarpolitischen Revue» die Aufmerksamkeit ihrer Leser. Die Wiener «Industrie» würdigt am 18. 9. ein Schweizer Standardwerk über Europas Textilindustrie im internationalen Konkurrenzkampf, das Professor Dr. A. Boßhardt im Verein mit Dr. A. Nydegger und Lic. oec. H. Allensbach im Polygraphischen Verlag (Zürich) herausgegeben hat.

Schweizer Wirtschaftsprobleme

«Finanz und Wirtschaft» erörtert am 4. 9. die herrschenden Börsentendenzen in ihrem Zusammenhang mit der *Konjunktur*-Entwicklung. Die «SHZ» betont am 17. 9., daß in der Schweiz eine Belebung der Geschäftslage auf breiter Front eingesetzt hat; von einer «neuen Exportkonjunktur» spricht sie am 22. 10. und von «frischer Investitionswelle» am 5. 11. — Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» beleuchtet an der Spitze ihrer September-Ausgabe «den schweizerischen *Außenhandel* mit der EWG und der KFZ». In dem angesehenen Düsseldorfer Wirtschaftsblatt «Industriekurier» fanden wir am 12. 11. einen Brief aus Zürich, der sich mit der Frage befaßt, ob «die Schweiz zur EWG kommt». — Lesenswert erscheint in der vom Volkswirtschaftsdepartement herausgegebenen «Volkswirtschaft», Nr. 9, ein Beitrag: «Zum Landesindex der Konsumenten-*Preise*» und im 10. Heft ein solcher über die «Entwicklung der *Arbeitszeit* in der Industrie seit 1957». Die Basler «Nationalzeitung», Nr. 517, vom 17. 11., glaubt, daß die «Stabilität der Preise in Frage gestellt» sei. — In der Oktoberausgabe der «Steuer-Revue» erläutert der Vizedirektor der Eidg. Finanzverwaltung in Bern, Dr. W. Grütter, «das Bundesgesetz über den Finanzausgleich unter den Kantonen»; Dr. Heinz Schmutz beleuchtet im Novemberheft derselben Zeitschrift die finanziellen Alarmrufe aus den Kantonen. Die «NZZ» bespricht in Nr. 279 vom 11. 10. «die Währungspolitik der

Schweizer Nationalbank» in Verbindung mit dem bekannten Postulat Duttweiler vom 2. 10. im Nationalrat. Die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» wartet am 15. 10. mit einer kurzen Notiz über das «Schweizer Kapital im kanadischen Realkredit» auf. «Finanz und Wirtschaft» prophezeit am 20. 11. das Hervortreten von «Mittelknappheit am Geld- und Kapitalmarkt». — Die auch diesmal recht lebendig geschriebenen «Wochenberichte» aus dem Bankhaus Bär befassen sich am 9. 10. mit der «schweizerischen Wettbewerbspolitik» und insbesondere mit dem *Kartell*-Bericht der Expertenkommission. — *Ferner* ist auf einen aktuellen Artikel vom 2. 10. in diesen «Wochenberichten»: «Ausverkauf der Schweiz», und auf einen Vortrag von Dr. Heinz Schmutz über den Verbindungsdienst der Textilwirtschaft zur Öffentlichkeit zu verweisen, der in der «Public Relations Revue» vom September wiedergegeben wird. Eine Arbeit von E. Amstad: «Tätigkeit und Bedeutung der Betriebskrankenkassen» in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 9. 10. und namentlich der Beitrag von Professor Dr. A. Boßhardt und Dr. A. Nydegger über «die schweizerische Textil- und Bekleidungsindustrie» im Zyklus der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» (Heft 10) werden auf interessierte Leser stoßen.

Informationen aus Ländern wirtschaftlichen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa*: Der «Economist» vom 12. 9. betitelt eine Glosse: «*Deutschland* geht voran»; die Londoner «Financial Times» vom 17. 9. erörtert die von der deutschen Wirtschaft infolge ihres Aufschwungs zu meisternden Probleme. Auch «La Suisse Horlogère» beobachtet am 15. 10. aufmerksam «la surexpansion allemande». Die «NZZ», Nr. 289, vom 21. 10., befaßt sich mit der Kritik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an der EWG-Politik. Die letzte, auffallend massive Erhöhung des Diskontsatzes von 3 auf 4% durch die Deutsche

Bundesbank vom 22. 10. liefert der «NZZ» vom 7. 11. (Nr. 306) Stoff zu einem Artikel: «Die Wende in der deutschen Diskontpolitik.» — «Finanz und Wirtschaft» beleuchtet am 22. 9. «die wachsende Ölposition *Frankreichs*». Walter B. Bing (Paris) läßt seinen Beitrag: «Frankreich am Scheidewege» in den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik», Nr. 9, zu der resignierten Feststellung ausklingen: «Wieder einmal werden Auswüchse einer falsch verstandenen Sozialpolitik und unangebrachte Fiskal-Anachronismen von hier nach Partnerländern der EWG oder der OEEC zwangsexportiert.» Im «Challenge» vom Oktober legt Paul Albert die Gründe dar, die Frankreich zur Teilnahme an der EWG veranlaßt haben. Die «NZZ» lobt am 10. 11. (Nr. 309) die liberale Handelspolitik der Franzosen. — Mit Rücksicht auf die in Westeuropa verbreitete Sorge vor Überschwemmung des Marktes durch Waren aus Niedrigpreisländern ist ein Artikel im «Economist» vom 19. 9. zeitgemäß, der die Schwächen des Kampfes gegen das Dumping in *Großbritannien* enthüllt. Die Wiener «Industrie» verleiht am 16. 10. der Meinung Ausdruck, daß für die britische Regierung nach Macmillans Wahlsieg die Stellung zu Europa und zum Commonwealth das Zentralproblem bleibt. — Am 30. 10. unterrichtet dieselbe Zeitschrift ihre Leser darüber, daß die Industrie der *Niederlande* sich für den «pragmatischen Weg» in der europäischen Integration entschieden habe. — «*Österreich* als Handelspartner der Schweiz seit Kriegsende» wird ein Aufsatz des Wiener Handelsdelegierten für die Schweiz, A. Kaufmann, in der «SHZ» vom 10. 9. (Beilage) überschrieben. Als «neue österreichische Geldmarktinstrumente» bezeichnet die «NZZ», Nr. 290, vom 22. 10., die mittel- und langfristigen Schatzscheine. Wie üblich bringen die «Informationen aus Österreich» auch am 9. und 16. 11. fesselnde Notizen aus der Wirtschaft ihres Landes. — Die Beziehungen *Skandinaviens* zu den Gefährten aus der Zahl der «Äußeren Sieben» beschäftigen den «Economist» vom 3. 10. — Die «NZZ»

Nr. 277, vom 9. 10., verzeichnet mit Besorgnis die «Zuspitzung der Finanzkrise in Schweden». — «Spanien steht vor neuer Wirtschaftspolitik»: so urteilt Hans-Otto Glahr (Madrid) im 9. Heft des Hamburger «Wirtschaftsdienstes». Das «Bulletin» Nr. 4 des Schweizerischen Bankvereins hält im Leitartikel fest, daß «Spanien sich Europa zuwendet». — Endlich läßt sich der «Economist» vom 7. 11. aus Ankara über das Verhältnis der *Türkei* zu den «Sechs» belehren.

2. *Aus der übrigen Welt*: Die Gründe für das Ausmaß der Handelsliberalisierung in *Australien* erörtert «La Suisse Horlogère» am 1. 10. — Im Hamburger «Wirtschaftsdienst», Heft 9, schildert der renommierte Wirtschaftsexperte Dr. K. Albrecht (Düsseldorf) seine auf einer Studienreise gewonnenen Eindrücke von den Integrationsbestrebungen *Lateinamerikas*. — Auf «*Südamerika* als Handelspartner» verweist die Wiener «Industrie» in ihrer Nr. 36.

Die «NZZ», Nr. 285, vom 17. 10., befaßt sich mit «der Wirtschaftslage *Ägyptens*». — Auch in unserer letzten Berichtsperiode hat *Argentinien* eine lebhafte Anteilnahme in der Schweizer Wirtschaftspresse ausgelöst. So befaßt sich die «NZZ» am 4. 9. (Nr. 243) mit den Beziehungen Argentinien zu den internationalen Instituten und am 26. 11. (Nr. 325) mit der «günstigen Entwicklung der Zahlungsmittel und Devisenreserven» in jenem Lande, und «Finanz und Wirtschaft» greift mit ihren Leitartikeln vom 27. und 30. 10. sowie am 13. 11. das von ihr häufig behandelte Thema der argentinischen Wirtschaftslage wieder auf. — «*Bolivien* unter einem neuen Régime der Strenge (Austérité)» wird von «La Suisse Horlogère» am 22. 10. betrachtet. — Die «starke Beanspruchung der Wirtschaft *Indiens*» macht der «NZZ», Nr. 270, vom 2. 10., Sorge. — «La Suisse Horlogère» vom 5. 11. unterrichtet über «die Stellung *Japans* im internationalen Handel». — Mit einer durch die «NZZ» (Nr. 257, vom 18. 9.) wiedergegebenen Rede verweist der *südafrikanische* Finanzminister Dr. E. Dönges, vor der schweizerisch-süd-

afrikanischen Vereinigung auf die Stabilität der Wirtschaft in seiner Heimat.

Wirtschaftsprobleme in den Vereinigten Staaten

Das während der geschäftlichen Flaute verständliche Interesse der Wirtschaftszeitschriften an der ökonomischen Entwicklung der USA hat in der heutigen Periode der Vollbeschäftigung merklich nachgelassen. Zu berichten bleibt nur über eine Darstellung des Sach- und Streitstandes im amerikanischen Stahlarbeiterstreik, wie sie die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung», Nr. 37, den Meldungen der First National City Bank (New York) entnommen hat. Ferner ist ein Artikel des Professors an der New Yorker Universität William H. Peterson über die auf die Dauer unvermeidliche Entwertung des Geldes aus der Novembernummer des «Challenge» in Zeiten der amerikanischen Zahlungsbilanzklemme recht aktuell. Diesem Defizit widmet die «NZZ» am 2. 11. (Nr. 301) eine ausführliche Betrachtung. — Ob es zur Ausweitung des *USA-Handels* mit Rußland kommen wird, fragt der Düsseldorfer «Industriekurier» am 12. 11. — «Die amerikanische Währungspolitik» und die *Geldmarktsituation* dort beleuchtet die «NZZ» am 6. (Nr. 274) bzw. 8. 10. (Nr. 276). Daß die Anleihen des Washingtoner Schatzamtes neuerdings zu 5%, «dem höchsten Zinssatz der letzten 30 Jahre», begeben werden, erstaunt den «Economist» vom 10. 10. Die «NZZ», Nr. 306, vom 7. 11., läßt sich zu ihrer Befriedigung eine «Zunahme der Goldreserven» aus New York melden.

Kommunistische Wirtschaft

Den Lebensstand in Sowjetrußland veranschaulicht der «Economist» am 29. 8. und 5. 9. Daß «die Ostblock-Integration rasche Fortschritte macht», führt die Wiener «Industrie» vom 9. 10. warnend aus. In ähnlicher Weise betont der Frankfurter «Volkswirt» vom 14. 11. die «ideologischen, staats-

rechtlichen und wirtschaftlichen Klammern» innerhalb des Sowjetimperiums. In Polen müssen zur Vermeidung einer Stagnation neue Bahnen für die Wirtschaftspolitik eingeschlagen werden: das ist das Urteil des Professors J. M. Montias der Yale-Universität nach Rückkehr aus diesem Lande im «Challenge» vom Oktober. Dem «kritischen Stadium Rotchinas» widmet die «SHZ» am 28. 10. eine längere Betrachtung. «Die kommunistische Außenhandelspolitik Jugoslawiens» findet in Ljubo Sirc (Fribourg) einen beredten Interpreten (vgl. «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik, November»). — Endlich bezeichnet der «Volkswirt» am 21. 11. die Briten als «vom Ostgeschäft enttäuscht»; er stützt sich dabei unter anderem auf die folgende Statistik (in Millionen Pfund):

	1957	1958	1959 (9 Monate)
Einfuhr	123,4	120,8	94,9
Ausfuhr	69,0	72,3	58,1
Reexport	20,6	31,5	7,6
Saldo	—33,8	—17,0	—29,1

Sonstiges

Außerhalb der in unseren «Querschnitten» üblichen Fachrubriken sollen zum Abschluß noch die folgenden Artikel der Wirtschaftszeitschriften aus der Berichtsperiode als allgemein anregend hervorgehoben werden:

Wer am kommunalen Geschehen Anteil zu nehmen geneigt ist, wird gern die im Mittelpunkt der «Zeitung für kommunale Wirtschaft» stehenden Betrachtungen über Abwasserprobleme im September, die Gasversorgung im Oktober und bezüglich der Heizkraft im November aufnehmen. Recht lehrreich ist ein Bericht von L. Catalan, dem Präsidenten der Shell (Switzerland), betreffend «die Erdölindustrie im Dienste der Wirtschaft» in der «SHZ» vom 1. 10. Auch M. Schmidheiny referiert in einer Delegiertenversammlung der Schweizerischen Ver-

einigung für Handel und Industrie am 19. 9. über die Schürfung von Petroleum in der Schweiz (vgl. die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 2. 10.). Mit «dem Irrtum der Autarkie» und den falschen Argumenten zu ihrer Verteidigung setzt sich temperamentvoll Peter Muthesius (Düsseldorf) in Heft 10 der «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» auseinander. Die «SHZ» vom 22. 10. zeichnet sich durch eine Beilage aus, die in Text und Bild «moderne Industriebauten» illustriert. In Nr. 10 der «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» stößt man auf eine fesselnde Ausarbeitung: «Wie arbeitet ein Atomkraftwerk?» Den im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Problemen der Sahara von heute ist das 5. Heft der «Revue Economique Franco-Suisse» gewidmet. Unter dem Titel: «Staatsform und Wirtschaftsordnung» erfreut der «Wochenbericht» Nr. 42 des Bankhauses Bär mit nicht weniger als einer gedrängten Geschichte der Nationalökonomie. Den Versicherungs-«Außendienst» mit seinen verschiedenen Funktionen würdigt im Oktober die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift»; die in Zürich erscheinenden «Wirtschafts-Winke» des Novembers behandeln als besonders aktuell die Trennung der Risikodeckung von der Kapitalanlage bei der Lebensversicherung. Die Professoren Emil Küng (St. Gallen), Jürg Niehans (Erlenbach) und Alfred Amonn (Bern) sind im Septemberheft der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» mit Beiträgen ökonomischen Inhalts vertreten; Amonn insbesondere erörtert «neue Probleme des internationalen Handels» in einer ausführlichen Besprechung des im Polygraphischen Verlage erschienenen Buches von Ernst Heuß: «Wirtschaftssysteme und internationaler Handel». Endlich zeigt sich im Hamburger «Wirtschaftsdienst», Heft 10, W. L. Hudson (London) wohlunterrichtet über den «Kautschuk unter den Rohstoffen der Welt».

Hans Posse